



Hessisches Ministerium der Finanzen · Postfach 3180 · 65021 Wiesbaden

**Elektronische Post**  
Hessisches Sozialministerium  
Dostojewskistraße 4  
65187 Wiesbaden

Geschäftszeichen S7179 A-036-II52  
Dokument-Nr. 2012-51601  
Bearbeiter/in Andreas Fischer  
Durchwahl +49 (611) 322437  
Fax +49 (611) 327132437  
E-Mail Andreas.Fischer@hmdf.hessen.de  
Ihr Zeichen  
Ihre Nachricht

Datum 2. April 2012

**Umsatzsteuerbefreiung nach § 4 Nr. 21 UStG**  
**Umsatzsteuerliche Behandlung von Arbeitsmarktdienstleistungen;**  
**Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt**

**BMF-Schreiben vom 28. März 2012– Az. IV D 3 S 7179/09/10003-04 (Dok.: 2012/0262442)**

Das v.b. BMF-Schreiben übermittle ich mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Im Auftrag

gez.

Wurster

Anlage: -1-





POSTANSCHRIFT Bundesministerium der Finanzen, 11016 Berlin

**Vorab per E-Mail**

Oberste Finanzbehörden  
der Länder

MDg Dr. Günter Hofmann  
Unterabteilungsleiter IVD

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 97, 10117 Berlin

TEL +49 (0) 30 18 682-1304

FAX +49 (0) 30 18 682-1304

E-MAIL IVD3@bmf.bund.de

DATUM 28. März 2012

**- Verteiler U 1 -**

BETREFF **Umsatzsteuerliche Behandlung von Arbeitsmarktdienstleistungen;  
Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt**

BEZUG **USt II/12 TOP 15**

GZ **IV D 3 - S 7179/09/10003-04**

DOK **2012/0262442**

(bei Antwort bitte GZ und DOK angeben)

Gemäß § 4 Nr. 21 Buchst. a Doppelbuchst. bb UStG sind die unmittelbar dem Schul- und Bildungszweck dienenden Leistungen privater Schulen und anderer allgemein bildender oder berufsbildender Einrichtungen steuerfrei, wenn die zuständige Landesbehörde bescheinigt, dass sie auf einen Beruf oder eine vor einer juristischen Person abgeschlossene Prüfung ordnungsgemäß vorbereiten.

Mit dem Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt vom 20. Dezember 2011 (BGBl. I, S. 2854) werden arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zum 1. April 2012 neu geordnet, geändert oder aufgehoben.

Unter Bezugnahme auf das Ergebnis der Erörterungen mit den obersten Finanzbehörden der Länder werden die Abschnitte 4.21.2 und 4.21.5 des Umsatzsteuer-Anwendungserlasses (UStAE) vom 1. Oktober 2010 (BStBl I S. 846), der zuletzt durch das BMF-Schreiben vom 28. März 2012 - IV D 3 - S 7360/11/10001 - (2012/0233052), BStBl I S. xxx, geändert worden ist, wie folgt geändert:

1. Abschnitt 4.21.2 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 3 wird Satz 2 wie folgt gefasst:

„<sup>2</sup>Dies sind unter anderem Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung im Sinne von § 45 SGB III mit Ausnahme von § 45 Abs. 4 Satz 3 Nr. 2 und Abs. 7 SGB III, Weiterbildungsmaßnahmen entsprechend den Anforderungen der §§ 179, 180 SGB III, Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen (einschließlich der Berufsvorbereitung und der blindentechnischen und vergleichbaren speziellen Grundausbildung zur beruflichen Eingliederung von Menschen mit Behinderung) im Sinne von § 112 SGB III sowie berufsvorbereitende, berufsbegleitende bzw. außerbetriebliche Maßnahmen nach §§ 48, 130 SGB III, §§ 51, 53 SGB III, §§ 75, 76 SGB III bzw. § 49 SGB III, die von der Bundesagentur für Arbeit und - über § 16 SGB II - den Trägern der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach § 6 SGB II gefördert werden.“

b) In Absatz 4 Satz 1 wird die Angabe „§ 46 SGB III“ durch die Angabe „§ 45 SGB III“ ersetzt.

2. In Abschnitt 4.21.5 wird Absatz 5 Satz 4 wie folgt gefasst:

„<sup>4</sup>Das gilt auch für die Zulassung eines Trägers sowie für die Zulassung von Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung sowie von Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung durch fachkundige Stellen nach § 176 SGB III, wenn aus der Zulassung ersichtlich ist, dass die fachkundige Stelle von der Deutschen Akkreditierungsstelle GmbH (DAkkS) als Zertifizierungsstelle anerkannt wurde und sich auch die zuständige Landesbehörde - generell oder im Einzelfall - mit der Zulassung durch die fachkundige Stelle einverstanden erklärt hat.“

Die Grundsätze dieses Schreibens sind auf Umsätze anzuwenden, die auf Verträgen beruhen, die auf der Grundlage des Gesetzes zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt vom 20. Dezember 2011 (BGBl. I, S. 2854) abgeschlossen wurden.

Dieses Schreiben wird im Bundessteuerblatt Teil I veröffentlicht. Es steht ab sofort für eine Übergangszeit auf den Internetseiten des Bundesministeriums der Finanzen (<http://www.bundesfinanzministerium.de>) unter der Rubrik Wirtschaft und Verwaltung - Steuern - Veröffentlichungen zu Steuerarten - Umsatzsteuer - Umsatzsteuer-Anwendungserlass zum Herunterladen bereit.

Im Auftrag  
Dr. Hofmann



POSTANSCHRIFT Bundesministerium der Finanzen, 11016 Berlin

**Per E-Mail**

Oberste Finanzbehörden  
der Länder

Dr. Günter Hofmann  
Unterabteilungsleiter IV D

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 97, 10117 Berlin

TEL +49 (0) 30 18 682-1304

FAX +49 (0) 30 18 682-1304

E-MAIL [IVD3@bmf.bund.de](mailto:IVD3@bmf.bund.de)

DATUM 28. März 2012

**- E-Mail Verteiler U 2 -**

BETREFF **Umsatzsteuerliche Behandlung von Arbeitsmarktdienstleistungen;  
Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt**

GZ **IV D 3 - S 7179/09/10003-04**

DOK **2012/0262442**

(bei Antwort bitte GZ und DOK angeben)

Gemäß § 4 Nr. 21 Buchst. a Doppelbuchst. bb UStG sind die unmittelbar dem Schul- und Bildungszweck dienenden Leistungen privater Schulen und anderer allgemein bildender oder berufsbildender Einrichtungen steuerfrei, wenn die zuständige Landesbehörde bescheinigt, dass sie auf einen Beruf oder eine vor einer juristischen Person abgeschlossene Prüfung ordnungsgemäß vorbereiten.

Mit dem Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt vom 20. Dezember 2011 (BGBl. I, S. 2854) werden arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zum 1. April 2012 neu geordnet, geändert oder aufgehoben.

Unter Bezugnahme auf das Ergebnis der Erörterungen mit den obersten Finanzbehörden der Länder werden die Abschnitte 4.21.2 und 4.21.5 des Umsatzsteuer-Anwendungserlasses (UStAE) vom 1. Oktober 2010 (BStBl I S. 846), der zuletzt durch das BMF-Schreiben vom 28. März 2012 - IV D 3 - S 7360/11/10001 - (2012/0233052), BStBl I S. xxx, geändert worden ist, wie folgt geändert:

1. Abschnitt 4.21.2 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 3 wird Satz 2 wie folgt gefasst:

„<sup>2</sup>Dies sind unter anderem Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung im Sinne von § 45 SGB III mit Ausnahme von § 45 Abs. 4 Satz 3 Nr. 2 und Abs. 7 SGB III, Weiterbildungsmaßnahmen entsprechend den Anforderungen der §§ 179, 180 SGB III, Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen (einschließlich der Berufsvorbereitung und der blindentechnischen und vergleichbaren speziellen Grundausbildung zur beruflichen Eingliederung von Menschen mit Behinderung) im Sinne von § 112 SGB III sowie berufsvorbereitende, berufsbegleitende bzw. außerbetriebliche Maßnahmen nach §§ 48, 130 SGB III, §§ 51, 53 SGB III, §§ 75, 76 SGB III bzw. § 49 SGB III, die von der Bundesagentur für Arbeit und - über § 16 SGB II - den Trägern der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach § 6 SGB II gefördert werden.“

b) In Absatz 4 Satz 1 wird die Angabe „§ 46 SGB III“ durch die Angabe „§ 45 SGB III“ ersetzt.

2. In Abschnitt 4.21.5 wird Absatz 5 Satz 4 wie folgt gefasst:

„<sup>4</sup>Das gilt auch für die Zulassung eines Trägers sowie für die Zulassung von Maßnahmen zur beruflichen Weiterbildung sowie von Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung durch fachkundige Stellen nach § 176 SGB III, wenn aus der Zulassung ersichtlich ist, dass die fachkundige Stelle von der Deutschen Akkreditierungsstelle GmbH (DAkkS) als Zertifizierungsstelle anerkannt wurde und sich auch die zuständige Landesbehörde - generell oder im Einzelfall - mit der Zulassung durch die fachkundige Stelle einverstanden erklärt hat.“

Die Grundsätze dieses Schreibens sind auf Umsätze anzuwenden, die auf Verträgen beruhen, die auf der Grundlage des Gesetzes zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt vom 20. Dezember 2011 (BGBl. I, S. 2854) abgeschlossen wurden.

Dieses Schreiben wird im Bundessteuerblatt Teil I veröffentlicht. Es steht ab sofort für eine Übergangszeit auf den Internetseiten des Bundesministeriums der Finanzen (<http://www.bundesfinanzministerium.de>) unter der Rubrik Wirtschaft und Verwaltung - Steuern - Veröffentlichungen zu Steuerarten - Umsatzsteuer - Umsatzsteuer-Anwendungserlass zum Herunterladen bereit.

Im Auftrag  
Dr. Hofmann

Dieses Dokument wurde elektronisch versandt und ist nur im Entwurf gezeichnet.